

Um Gerechtigkeit und Ehre.

General von Nathusius protestiert gegen seine „Begnadigung“.

General von Nathusius ist gestern Abend in Kassel eingetroffen und wurde vom Oberpräsidenten Dr. Schwander bewillkommt. Eine nach Tausenden zählende Menschenmenge brachte dem General begeisterte Kundgebungen dar.

General von Nathusius hat den Kasseler Korrespondenten des Lokalanzeigers ausdrücklich festzustellen, daß er nicht die Begnadigung angenommen habe. Er habe einen schriftlichen Protest gegen die Begnadigung, mit seiner Unterschrift versehen, seinem Rechtsbeistand eingehändigt und gebeten, das Schriftstück Herriot zu unterbreiten. Er habe dargelegt, daß er niemals diese Begnadigung annehmen könne, da er kein Schuldbekennnis ablegen könne. Er bestände darauf, daß man ihm seine Ehre wiedergebe, und zwar dadurch, daß man das völlig ungerechte Urteil aufhebe. Er habe noch ein zweites Schriftstück unterschrieben, in dem er feststellt, daß er sofort die Revision vor dem Obersten Gerichtshof beantragt habe. Er sei jederzeit bereit, sich nochmals vor die Schranken eines französischen Gerichts zu begeben, weil er als aufrichtiger deutscher Mann und alter Offizier jeden Tag dafür eintrete, daß er nichts gegen das Geseh getan habe.

Gerechtigkeit!

Vom Deutschen Offiziersbund wird geschrieben: „General von Nathusius ist begnadigt und in Freiheit gesetzt worden; eine Revisionsverhandlung findet nicht statt. Es ist daher unmöglich, daß dem unschuldigen General Gerechtigkeit zu teil wird, auf die nicht nur er, sondern das gesamte deutsche Offizierskorps und schließlich auch das ganze deutsche Volk Anspruch haben. Die „Begnadigung“ durch den französischen Präsidenten ist in keiner Weise geeignet, den Fehlspruch von Lille und die dem deutschen Offizierskorps angetane Schmach wieder gutzumachen. Sie war ebenföwenig berechtigt, wie die Verhaftung und Verurteilung des Generals von Nathusius. Bei dieser Lage ist es dringend erforderlich, daß das vom Oberreichsanwalt eingeleitete Ermittlungsverfahren durchgeführt und öffentliche Verhandlung vor dem Reichsgericht angefragt wird. Den Bestrebungen gewisser politischer Kreise, den Fall Nathusius im Sande

verlaufen zu lassen, muß auf das Entschiedenste widersprochen werden.

Eine Kundgebung gleichen Inhalts hat der Reichskriegerbund Kniffhäuser an den Reichstanzler gerichtet.

Schreben in der französischen Kammer.

In der französischen Kammer wurde gestern ganz unerwartet von dem Abgeordneten De Jaurdus der Fall Nathusius zur Sprache gebracht. Er äußerte sich zu dem Haushalt der Wiederaufbaugebiete und gab seinem Bedauern Ausdruck, daß die bekannten Wiesbadener Abkommen nicht aufrecht erhalten worden seien. Weiter sprach er gegen die Aufgabe des Ruhrgebietes. Er behauptete, daß die Ruhrbesetzung Frankreich 2841 Millionen eingebracht habe. Es sei bedauerlich, so fuhr der Redner fort, daß die französischen während der deutschen Okkupation entwendeten Gegenstände nicht alle zurückgefordert worden seien. Die großen deutschen Diebe werden nicht genügend zur Rechenschaft gezogen, und wenn man einen General verurteilt, so wird er wieder begnadigt, wie das erst jetzt geschehen ist. Der Minister der Wiederaufbaugebiete: Das Begnadigungsrecht steht dem Präsidenten der Republik zu (Anruhe auf der Rechten, lebhafteste Bewegung, Stimmen auf der äußersten Linken: Domergue hat gut daran getan, von seinem Recht Gebrauch zu machen. Lebhafter Widerspruch der Rechten.) Der Abg. Bourgeois von der Opposition rief: Wenn es sich um einen französischen General gehandelt hätte, dann würden Sie nicht seine Begnadigung verlangt haben. (Lebhafteste Anruhe.) Der Präsident der Kammer forderte De Jaurdus auf, seine Ansprache fortzusetzen, worauf dieser erklärte, er habe das Recht, sein Urteil über die Begnadigung des Generals von Nathusius abzugeben. Der Präsident stellt fest, daß Domergue das Recht habe, diese Begnadigung vorzunehmen. Der Redner fragt, ob General von Nathusius nicht auf jeden Fall zur Rückgabe der gestohlenen Gegenstände verurteilt worden sei. Letzten Endes müßten die französischen Steuerzahler die Bewohner der verwüsteten Gebiete entschädigen. Wenn ein Franzose ein Brot entwendet hätte, so fuhr der Redner fort, würde er verurteilt worden sein. Warum mißt die Regierung mit zweierlei Maß?

zu leistenden Zahlungen aus anderweitigen Zahlungen gedeckt werden sollen.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Gestern vormittag sind die Sachverständigen der deutschen Schwerindustrie mit den Franzosen zu einer Besprechung zusammengetreten. Wie von deutscher Seite mitgeteilt wird, ist man über den Verlauf sehr befriedigt. An den weiteren Verhandlungen nahmen Fritz Thojßen und der Direktor der Kruppwerke Bruhn teil. Heute findet eine Vollziehung der beiden Delegationen unter Hinzuziehung der schwerindustriellen Sachverständigen statt. Für Sonnabend nachmittags 3 Uhr ist eine Sitzung der Delegationen mit den Sachverständigen der eisenverarbeitenden Industrie vorgesehen.

Berliner Reise des Völkchens Hoesch.

Wie wir hören, hat Außenminister Dr. Stresemann den deutschen Völkchens in Paris, Dr. v. Hoesch, gebeten, im Zusammenhang mit den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen zur Berichterstattung nach Berlin zu kommen. Der Völkchens wird im Laufe der kommenden Woche in Berlin erwartet, wo er auch über den Stand der außenpolitischen Fragen dem Reichstanzler und dem Außenminister berichten wird. Das Reichskabinett dürfte sich übrigens „zwischen dazu entschließen haben, den Völkchens mit neuen Instruktionen zu versehen, um auch die politischen Erdzierungen zwischen Deutschland und Frankreich wieder in Fluß zu bringen.

Ein neuer Schutzollentwurf.

In den Regierungskreisen lündigt man schon jetzt an, daß der dem vorigen Reichstag vorgelegte Entwurf über die Schutzölle auf Grund der gegenwärtig geführten Wirtschaftsverhandlungen von der Reichsregierung nicht mehr aufrecht erhalten werden kann. Es wird die Aufgabe der neuen Reichsregierung sein, nach den Reichstagsneuwahlen sofort einen neuen Gesetzentwurf über die Regelung der Zollfrage einzubringen, der dann schließlich verabschiedet werden muß. Es ist sogar sehr wahrscheinlich, daß die neue Schutzollvorlage dem neuen Reichstag sofort nach seinem Wiederzusammentritt vorgelegt werden wird.

Kritische Fragen der Außenpolitik.

Mit den in Aussicht genommenen Pariser Reisen des englischen Schatzkanzlers Churchill und des Außenministers Chamberlain werden jetzt die außenpolitischen Fragen wieder in ein kritisches Stadium eintreten, da es von dem Ausgang der englisch-französischen Ministerbesprechungen abhängt, inwieweit innerhalb der nächsten Wochen die Probleme der Militärkontrolle und der Räumung der besetzten Gebiete geregelt werden können. Man hat im Berliner Auswärtigen Amt den Eindruck, daß die Tagung des Völkchensrates in Rom einen entscheidenden Einfluß auf die Lösung dieser beiden Fragen ausüben wird und vor allem das Problem der Genfer Protokolle eine sehr wichtige Rolle bei den Erörterungen über die endgültige Einstellung der alliierten Militärkontrolle in Deutschland spielen wird. Man sieht daher auch der nächsten Völkchensratstagung in den Berliner außenpolitischen Kreisen mit größter Spannung entgegen.

Amerika meldet seine Ansprüche an.

Paris, 28. November. Die erste wichtige Versammlung der alliierten Experten, die sich mit der Teilung der Erträge aus dem Damesplan beschäftigte, hat gestern stattgefunden. Der amerikanische Vertreter, Oberst Loogan, brachte esach einem Bericht der „Chicago Tribune“ im Namen seiner Regierung die Ansprüche Amerikas auf Tapet. Loogan legte das Hauptgewicht darauf, daß Amerika, obwohl es den Vertrag von Versailles nicht unterzeichnet habe, doch an dem Kriege teilgenommen hat und infolgedessen zu den Entschädigungsforderungen berechtigt sei.

Die englische Regierung rechtfertigt ihr Vorgehen in Aegypten.

Der amtliche englische Funkdienst meldet: Seit den ergebnislosen Verhandlungen zwischen Macdonald und Jaglal Pascha war es klar, daß der unendlich gewordenen Lage in Aegypten durch außerordentliche Maßnahmen ein Ende bereitet werden müsse. Durch die Ermordung des Generals Stads ist die Krise nur beschleunigt worden. Abgesehen von diesem Mord, den durch ägyptische Beamte angezettelten Umständen im Sudan und den elf verübten oder vollführten Morden an englischen Beamten seit 1922 bestehen noch viele andere schwerwiegende Gründe zum Einschreiten Englands. Die Tributzahlungen Aegyptens sind unregelmäßig erfolgt. Die Stellungen der englischen Kräfte für Justiz, Finanzen und öffentlicher Sicherheit, denen der Schutz der ausländischen Gemeinden oblag, sind bewußt unterwühlt worden und die englischen Eisenbahnbeamten wurden dertmaßen schikaniert, daß der Erfolg ihrer Arbeit illusorisch wurde. Außerdem hat die ägyptische Regierung die größten Schwierigkeiten bei der Regelung der Frage der Pensionierung und Verabschiedung der englischen Beamten in ägyptischen Diensten verursacht. Alle diese Umstände haben die Lage dertmaßen unhaltbar gemacht, daß ein Vorgehen Englands bereits vor der Ermordung des Sirdars notwendig geworden war.

Immer noch kritische Lage.

London, 27. November. Das neue ägyptische Kabinett ist jetzt vollständig. Amul Musa Pascha, der bisher oberster Richter beim Berufungsgericht war, ist Justizminister geworden. Ali Sumad Emu Pascha, der bis vor einem Monat Unterstaatssekretär im Innern war, ist wieder in sein Amt eingekiegt. Die Räumung des Sudans wird fortgesetzt. Das vierte Bataillon ist abtransportiert und das dritte wird demnächst folgen. Die Engländer sehen die Truppentransporte nach Aegypten fort. In Kairo ist gegenwärtig alles ruhig. Die englischen Truppen demonstrieren weiter in den Straßen, gektern sogar mit aufgestellten Bajonetten. In Alexandrien werden zwei Urlauber des Kriegsjahres „Voliant“ vernimt. Sie sind vor zwei Tagen auf Urlaub an Land gegangen und man befürchtet, daß sie gewaltiam entführt wurden. In England hofft man immer noch auf eine friedliche Beilegung der Krise. Man betant aber, daß die Ansicht der französischen Regierung übereinstimme, denn Frankreich würde bei einem ähnlichen Vorfall in Marokko mit denselben Mitteln vorgegangen sein.

Ein neuer englisch-ägyptischer Vertrag.

London, 27. November. Nach dem „Evening Standard“ beabsichtigt das Auswärtige Amt die künftigen englisch-ägyptischen Beziehungen in einem neuen Vertrag zu regeln. Aegypten wird als Monarchie weiter bestehen. Eine angemessene Autonomie wird jedenfalls zugestanden. Großbritannien überwacht den Suezkanal. Die Rechte des Sudans sollen so bemessen werden, daß englische Uebergriffe ausgeschlossen sind.

Militärregiment in Aegypten.

London, 28. November. Der Berichterstatler der „Daily Mail“ in Kairo fährt fort, die Nachricht zu verbreiten, daß ein Anschlag auf Lord Allenby vorherbereitet werde. Man betrachtet die Gefahr offiziell als ernst. Die Garde vor der Residenz des Oberkommissars ist verdoppelt worden. Große Vorsichtsmaßnahmen werden ergriffen werden, wenn Lord Allenby die Straße beschreitet. Jeder englische Offizier und jeder Zivilbeamte muß künftighin beim Betreten der Straße von einer bewaffneten englischen Eskorte begleitet sein. Offiziere müssen einen Revolver tragen, Zivilbeamte automatische Pistolen. Aufmärsche englischer Truppen, die gestern stattfanden, werden nunmehr jeden Tag in Alexandrien erfolgen, um Eindruck auf die Bevölkerung zu machen.

Drei der neuen ägyptischen Minister zurückgetreten.

London, 28. November. Evening Standard meldet, daß drei Mitglieder des neuen ägyptischen Kabinetts wegen der Verhaftung von vier Mitgliedern der nationalen Partei ihren Rücktritt erklärt haben.

Weitere Truppen sendungen nach Aegypten.

London, 28. November. Das erste Ost-Lancashire-Regiment verließ gestern England, um sich nach Alexandrien zu begeben.

Verhaftung ägyptischer Politiker.

Die Berliner Abendblätter melden aus Kairo: Die britische Militärbehörde verhaftete den früheren Unterstaatssekretär des Innern, Abdei Nahaan Bei Fahmi, der im Jahre 1921 in Verbindung mit einer Verhaftungsaffäre gefangen gesetzt worden war und später, als Jaglal Pascha zur Macht gelangte, wieder freigelassen worden war. Verhaftet wurde ferner Maltran Ebed, ein hervorragendes Mitglied der kopptischen Bewegung, der Jaglal Pascha kürzlich auf seiner Reise nach London begleitet hatte. Die Verhafteten wurden in ihren Betten übertrajst. Wohin sie gebracht wurden, ist nicht bekannt. — Der ägyptische Gesandte in Rom lehnte die Uebernahme des Portefeuilles für auswärtige Angelegenheiten ab.

Dr. Eckener beim Reichspräsidenten

An dem vom Reichspräsidenten zu Ehren Dr. Eckeners veranstalteten Frühstück nahmen außer führenden Vertretern der Industrie, der Gewerkschaften, der Gesehtenwelt und der Presse auch die Minister Dr. Stresemann, Dr. Luther, Dr. Geseher, Hamm und Graf Rantk, preußischer Minister Dr. von Richter und General von Seekt teil. Der Reichspräsident begrüßte in einer Ansprache den heimgekehrten Führer des J. R. III und sprach ihm und seinen Mitarbeitern den Dank des ganzen deutschen Volkes für ihre großen Leistungen aus. Er sagte dann unter anderem wörtlich:

Wir alle sehen in diesem Werk und in dieser Fahrt einen Ausdruck des technischen Könnens Deutschlands, des, trotz allem Ungemachs, deutschen Willens zur Selbstbehauptung und des stolzen Vertrauens unserer Nation in sich und ihre Zukunft. So war der Bau dieses Schiffes und seine glückliche Fahrt trotzdem sie im Zeichen der Reparationsleistung standen, dennoch eine nationale Tat, für die wir Erbauer und Führer von Herzen danken und Anerkennung darbringen.

Nach dem Toast des Reichspräsidenten erwiderte Dr. Eckener mit tiefbewegten Worten. Nach einer Schilderung der glücklichen Fahrt über den Ozean sagte er über die Ankunft und Begrüßung in Amerika folgendes:

Glück hatten wir schließlich darin, daß wir drüben in Amerika eine Situation und eine Stimmung vorfanden, die aus einer rein technischen Angelegenheit eine politische machte. Ich habe mir in den Vereinigten Staaten erzählen lassen, daß sich in Amerika eine Stimmung herausgebildet hat, die beweist, daß das amerikanische Volk zu einer Wiederannäherung an Deutschland gewillt ist. Man sucht drüben nur nach einem Anlaß, um dieser Annäherung Ausdruck zu geben. Das amerikanische Volk hat mit Regelleistung die von uns dargebotenen Hürde ergriffen und sich bereit erklärt, wieder ein aufricher Freund der Deutschen zu werden. Das ist mein allgemeiner Eindruck, den ich drüben in der Bevölkerung und bei der Regierung gewonnen habe.

Die Wirtschaftsverhandlungen.

Der deutsch-englische Kompromiß

Die englische Regierung hat bei den deutsch-englischen Wirtschaftsverhandlungen in der 26prozentigen Ausfuhrabgabe ein Kompromiß vorgeschlagen, das von deutscher Seite angenommen worden ist. Danach wird in Zukunft die deutsche Ausfuhr nach England nicht mehr mit der 26prozentigen Abgabe belastet, sondern die Reichsregierung soll gewisse Sicherheiten dafür schaffen, daß ein entsprechender Ersatz für die fortfallenden Reparationsleistungen Englands geleistet wird. Die Abgabe würde demnach durch eine entsprechende Reparationszahlung Deutschlands abgelöst werden. In den wirtschaftlichen Kreisen hält man eine solche Regelung für durchaus tragbar, während dagegen das Reichsfinanzministerium der Meinung ist, daß dadurch das Reich belastet wird, und zwar zugunsten des Exporthandels, der sich auf diese Weise von der Leistung der 26prozentigen Abgabe befreien kann. Aber diese Frage sind noch lebhafteste Meinungsverschiedenheiten im Reichskabinett im Gange, die aber wahrscheinlich dadurch ausgeglichen werden, daß die an England

Die Provinz wasser Die rick verlor Die Befähigung eine No wurden e nur das Die als Groß datur i dital ist Die laubnis Paris noch nicht Die land über in Moske In rüch ver London leibe v Gego luge u soll, den sein, der Verdelä Die hat an de rüch, in Staats Steale werden. Nach einer Ver rere Ab wörthy i fä h r u stellen. Hav tischen abrüden. Ja minister lung der rüchne waltung. dierenden rebung g in die R als Ob kommen. A ruffigung die den Reichstag Eingegan gemeine digen A Um schuf ha gegen de Klage w handelt gerin em die Perf endgültig ausschüß Di rati n rationen, mission lprechung genomme 72 For „D Herr D hitigen Ich für nach sich noch be „A geringst „D bei den „D diesem De launt in Rod; al lung ge „A Winter „A aus Be „Habe leben?“ „H hier? „D da, der hauen spielt auch hi